

## Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.03.2021  
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

- 1 Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich unterhakt
- 2 und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für unser
- 3 individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die Gefahr ist,
- 4 wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte
- 5 Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen.
- 6 Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an – zu
- 7 verbessern: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein
- 8 Sicherheitsversprechen zu geben, das umso stärker ist, je mehr Unterstützung gebraucht wird.
- 9 Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen dafür
- 10 nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften ohne existenzielle Not sind
- 11 krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften stärker.
- 12 Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen
- 13 geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist. Wie zentral eine
- 14 Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat
- 15 sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit bewahrt. Sie
- 16 hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller krank.
- 17 Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der Erziehung
- 18 und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in Entscheidungsprozessen
- 19 weniger repräsentiert. Selbständige, die ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen
- 20 ohne Verdienst in Existenzangst oder -not. Wer die Kinder allein erzieht, ist durch
- 21 Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat
- 22 uns
- 23 auf unsere individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der
- 24 Garten
- 25 fehlt, aber die Schwimmhalle dicht ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.
- 26 Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem
- 27 neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen
- 28 Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten
- 29 persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere
- 30 Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz,
- 31 unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des
- 32 Miteinanders werden.
- 33 Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden, Osten oder
- 34 Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige
- 35 Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals noch
- 36 unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso einen
- 37 Zugang zu Ärzt\*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie Städter\*innen.
- 38 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden können.

37 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis weit in  
38 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

39 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren,  
40 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der  
41 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen  
42 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag  
43 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und  
44 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr  
45 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige  
46 oder Freund\*innen pflegen.

47 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele  
48 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt  
49 und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die Risiken  
50 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch  
51 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische Mitbestimmung  
52 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in eine sozial-  
53 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass Transformation  
54 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs schaffen, mit  
55 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

## 56 Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien

### 57 **Kinder in den Mittelpunkt**

58 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf  
59 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern  
60 haben ganz eigene Bedürfnisse, die bei Entscheidungen angehört, mitgedacht und abgewogen  
61 werden müssen. Wir werden deshalb sicherstellen, dass das Wohl von Kindern bei staatlichen  
62 Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommt. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang  
63 der  
64 Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen  
65 Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und  
66 Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen  
67 Hintergrund, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die Jugendarbeit  
68 spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem  
69 Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Werdende Demokrat\*innen brauchen  
70 Mitmach- und  
71 Medienkompetenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen  
72 und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell stärken. Beim Aufbau oder der Auswahl von  
73 Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und  
74 Jugendliche  
75 betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch  
76 berücksichtigen.

## 74 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

75 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem  
 76 bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft vorn und  
 77 hinten nicht. Jedes Kind verdient unsere Unterstützung. Daher wollen wir Familien stärken  
 78 mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung: der Kindergrundsicherung.  
 79 Unser Vorschlag: Kindergeld, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für  
 80 Bildung und Teilhabe in eine neue eigenständige Leistung zusammenzufassen. Mit der  
 81 Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in Familien mit  
 82 geringen oder gar keinem Einkommen bekommen zusätzlich noch einen GarantiePlus-Betrag. Je  
 83 niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach einmaliger  
 84 Beantragung bei Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch berechnet und  
 85 ausgezahlt. So kommt die Kindergrundsicherung garantiert bei jedem Kind an und Schritt für  
 86 Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen  
 87 auch mehr. Die Kindergrundsicherung verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was  
 Kinder  
 88 zum Leben brauchen.

## 89 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

90 Ob Kita, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der  
 91 Jugendarbeit – die Kinder- und Jugendhilfe begleitet Familien beim Aufwachsen der Kinder.  
 92 Sozialarbeiter\*innen und Pädagog\*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck  
 93 Enormes. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete  
 94 Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Leistungsansprüche von Kindern und  
 95 Jugendlichen mit körperlichen und geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen  
 96 Sozialgesetzbuch für Menschen mit Behinderungen geregelt. Das grenzt aus. Mit einem  
 97 Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und  
 98 Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit  
 99 Behinderungen und ihre Eltern richten. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem  
 100 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die  
 101 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der  
 102 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können  
 103 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden.

## 104 **Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt**

105 Kinder und Jugendliche wachsen als Digital Natives auf, sie sollen sicher und selbstbestimmt  
 106 mit Tablets, Smartphones und Co. umgehen können. Wir stärken die digitale Bildung als  
 107 Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Kitas, Schulen und der Jugendhilfe, mit Fortbildungen für  
 108 Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben  
 109 können, das geht nur mit entsprechender Hardware: Kinder in Familien im Hartz-IV- oder  
 110 Kinderzuschlags-Bezug sollen für die Schule einen Laptop erhalten, wenn sie diesen  
 111 benötigen. Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie  
 112 Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt, dem Mobbing im Netz wollen wir einen  
 113 Riegel vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie, mit verpflichtenden  
 114 sicheren Voreinstellungen für Plattformen und leicht auffindbaren Beschwerdemöglichkeiten.  
 115 Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private Anbieter werden wir Kinder schützen.

## 116 **Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen**

117 Für viele Kinder und Jugendliche ist sexualisierte Gewalt leidvoller Alltag. Dagegen gehen  
 118 wir hart vor – mit starker Prävention, konsequenter Strafverfolgung und einem  
 Maßnahmenpaket  
 119 zur Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das oberste  
 120 Ziel ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung und gelebte  
 121 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden.  
 122 Basiswissen über Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Schutz bei Kindeswohlgefährdung  
 und  
 123 Missbrauch gehören in die Curricula für Jura, Medizin, Pädagogik und Polizei. Die  
 124 Fortbildungspflicht für Familienrichter\*innen und die Anforderungen an die Qualifikation von  
 125 Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln. Die wichtige Arbeit des Unabhängigen  
 126 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine gesetzliche  
 127 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern. Wir werden bundesweit spezialisierte  
 128 Fachberatungsstellen und telefonische sowie Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

## 129 **Mehr Zeit für Familien**

130 Den Kopf frei haben für die Familie, die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser  
 131 Ziel. Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro  
 132 Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt  
 133 werden. Wird die KinderZeit Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend  
 134 den Bezugszeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn  
 auch  
 135 bei älteren Kindern kann mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Wir unterstützen Eltern dabei,  
 136 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in  
 137 eine ausgewogene Balance zu bringen, Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen und  
 138 Teilzeitfallen zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job entscheiden müssen,  
 139 darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und  
 140 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten beiden  
 141 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen zusätzlichen  
 142 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch hier auf 14  
 143 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des Kindes  
 144 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem  
 145 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten.

## 146 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

147 Alleinerziehende leisten enorm viel und sind dennoch besonders oft von Armut bedroht. Mit  
 148 der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der Neuermittlung der Mindestbedarfe von  
 149 Kindern steigt auch der Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur  
 150 die Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es bei  
 151 der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die Ausübung des  
 152 Umgangs, egal nach welchem Modell, angemessen berücksichtigt. Für Eltern im  
 153 Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen. Ob wichtiger  
 Abendtermin  
 154 im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch – Kinder können und sollten nicht immer dabei

155 sein. Es gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für  
 156 ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das gilt besonders im  
 157 Krankheitsfall, denn Kinder und Haushalt müssen trotzdem versorgt sein.

### 158 **Absicherung für alle Familienformen**

159 Ob Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig und diese Vielfalt  
 160 muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der  
 161 Familie oft Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber  
 162 auch nach Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei  
 163 Ärzt\*innen ist es nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der  
 164 Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einer elterlichen Mitverantwortung, die  
 165 auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann, geben

166 wir allen Beteiligten mehr Sicherheit. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht mehr durch das  
 167 langwierige Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das Abstammungsrecht

168 zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in heterosexuellen Ehen automatisch  
 169 als zweites rechtliches Elternteil gilt. Bei Kinderwunsch sollen auch nichteheliche  
 170 Lebensgemeinschaften und lesbische Paare die Möglichkeit einer Kostenerstattung für die  
 171 künstliche Befruchtung erhalten. Verantwortung wird nicht nur da füreinander übernommen, wo  
 172 Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue Rechtsform schaffen,  
 173 die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen,  
 unabhängig  
 174 von der Ehe rechtlich absichert.

## 175 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

### 176 **Mindestlohn anheben**

177 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen.  
 Aber

178 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit  
 179 schlechten Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon  
 180 Frauen betroffen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf  
 181 12 Euro anheben. Für weitere Erhöhungen soll die Mindestlohnkommission den Auftrag  
 bekommen,

182 dass der Mindestlohn wirksam vor Armut schützen und mindestens der Entwicklung der  
 183 Tariflöhne entsprechen muss. Leiharbeiter\*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn  
 184 für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Ohne  
 185 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den vielfachen  
 186 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels  
 187 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz stärken,  
 188 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing und  
 189 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen besser davor schützen.

## 190 **Vollbeschäftigung schaffen**

191 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter  
 192 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung.  
 193 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter erhöhen  
 194 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. Mit  
 195 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung sowie  
 196 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt war  
 197 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche Lohnsteigerungen für  
 198 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und  
 199 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik  
 200 entgegenreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocknen den Niedriglohnsektor  
 201 mittelfristig aus. Langzeitarbeitslose brauchen eine besonders intensive Betreuung durch die  
 202 Arbeitsagentur, für Menschen ohne Perspektiven am ersten Arbeitsmarkt schaffen wir einen  
 203 dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt.

## 204 **Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen**

205 Die Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen  
 206 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens  
 207 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke  
 208 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten.  
 209 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum  
 210 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf  
 211 ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für  
 212 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Betriebsräte,  
 213 die sich für Mitarbeiter\*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt  
 214 auch für die Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die  
 215 Mitbestimmungsrechte wollen wir ausbauen und modernisieren, wenn es um die  
 216 Personalentwicklung, die Stärkung von Frauen und die Verbesserung der Klimabilanz im  
 217 Unternehmen geht. Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und ökologische  
 218 Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb gestaltet  
 219 werden.

## 220 **Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen**

221 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und  
 222 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei  
 223 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu  
 224 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger  
 225 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe  
 226 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg\*innen fehlen. Homeoffice kann  
 227 zudem auch zur Entgrenzung von Arbeit und zum Abbau des bisherigen Arbeitsortes außerhalb  
 228 der eigenen vier Wände führen. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen  
 229 wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit Blick auf  
 230 betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein  
 231 Arbeitsplatz im Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.

## 232 **Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit**

233 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche oder  
234 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich selbst  
235 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten, wie  
236 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der  
237 Automobilbranche vorgeschlagen hat, können eine Chance sein, Arbeit gerechter zu verteilen,  
238 Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer\*innen zu entlasten. Wir wollen Beschäftigte in der  
239 Pflege, in der die Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen  
240 unterstützen und deshalb die 35-Stunden-Woche einführen. Darüber hinaus wollen wir die  
241 Möglichkeiten aller Arbeitnehmer\*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu  
242 bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern –, verbessern.  
243 Dafür wollen wir die starre Vollzeit zu einer Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden bei  
244 flexiblem Arbeitszeitkorridor umgestalten. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der  
245 Arbeitnehmer\*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie wollen  
246 wir konsequent umsetzen.

## 247 **Arbeitsversicherung stärkt Chancen**

248 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die  
249 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein  
250 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer  
251 Welt, in der häufige Berufswechsel für viele Menschen Normalität sind und man nicht mehr  
252 automatisch 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und  
253 Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine  
254 Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei  
255 der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen damit  
256 vereinfacht werden. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich erleichtern und  
257 bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf  
258 Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss sozial besser abgesichert  
259 werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung und  
260 schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen auch mit Wahlтарifen. Wir wollen  
261 Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise  
262 zurückgeworfene junge Berufsanfänger\*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den  
263 Arbeitsmarkt bauen.

## 264 **Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit**

265 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr  
266 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden sogar  
267 ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten und  
268 die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und  
269 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue Formen  
270 von Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem  
271 wir bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für  
272 mehr Rechts- und Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer\*in einer Plattform

273 angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber\*in beweisen,  
 274 dass dem nicht so ist. Unfares Preis-Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für  
 275 zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden. Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-  
 276 Selbständige, die für Plattformen tätig werden, sollen sich künftig leichter tariflich  
 277 organisieren können, und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen  
 278 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.  
 279 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer\*innen. Wir wollen mit  
 280 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen  
 281 Geschäftsbedingungen für Fairplay bei der Plattformökonomie sorgen.

## 282 **Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen** 283 **Nachbarstaaten**

284 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen  
 285 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel Freiheit  
 286 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen  
 287 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das schlaglichtartig  
 288 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen vielfach  
 289 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier  
 290 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg\*innen. Dafür  
 291 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein  
 292 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere  
 293 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, eine bessere Regulierung der  
 294 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.  
 295 Arbeitnehmer\*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte informiert  
 werden.

## 296 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

### 297 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

298 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer  
 299 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb  
 300 so viel wie Männer, was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Wir  
 301 werden ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe gilt  
 302 und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern  
 und  
 303 über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten. Dieses Gesetz muss  
 auch  
 304 ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen Benachteiligungen auch  
 305 Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf sich allein gestellt  
 306 sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb werden wir  
 307 Tarifpartner\*innen und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu  
 308 überprüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden,

309 eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, zum Beispiel in Form besserer  
310 Arbeitsbedingungen, besserer Bezahlung oder besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

### 311 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

312 Um das eigene Leben selbst gestalten zu können, ist es vielen Frauen wichtig, wirtschaftlich  
313 unabhängig zu sein. Deshalb müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden.

314 Wir wollen für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der  
315 Berufswahl bis zur Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler\*innen und  
316 Rentner\*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und  
317 Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen  
318 eingeschränkte Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen wollen wir durch eine  
319 gendersensible Berufsberatung erweitern. Die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert,  
320 wollen wir aufbrechen. Dies gelingt auch durch eine kluge Zeitpolitik, die es auch  
321 Partner\*innen erleichtert, Verantwortung in der Familie zu übernehmen und Arbeit  
322 geschlechtergerecht aufzuteilen. Diskriminierungen am Arbeitsmarkt begegnen wir mit einem  
323 Verbandsklagerecht, das die Einzelne stärkt, und durch ein echtes Recht auf die Rückkehr in  
324 Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt.

### 325 **Gleichberechtigung auch bei der Steuer**

326 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele Paare  
327 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der Fall  
328 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer Frau,  
329 die höchstens zuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses  
330 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Alleinerziehende und nicht verheiratete  
331 Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen gleichzeitig nicht  
332 wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu spüren, zum  
333 Beispiel durch weniger Kurzarbeits- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit Minijobs und  
334 der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die Erwerbstätigkeit  
335 von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung  
336 mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll die/der heute über  
337 Gebühr belastete Zweitverdiener\*in entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur Regel und  
338 die Steuerklasse 5 für Zuverdiener\*innen abgeschafft wird. So sorgen wir dafür, dass  
339 gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Paare, die bereits  
340 verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagern oder weiterhin das  
341 Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung  
342 Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir  
343 mit einer Steuergutschrift.

## 344 **Wir sichern die sozialen Netze**

### 345 **Garantiesicherung statt Hartz IV**

346 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne  
347 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine  
348 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle

349 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer  
350 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein  
351 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Mindestsicherung, die  
352 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Sie schafft durch die  
353 Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche  
354 Arbeitsvermittlung und Begleitung. Dafür wollen wir die Regelsätze schrittweise anheben,  
355 sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen. Die Leistungen der  
356 Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die Anrechnung von Einkommen  
357 werden wir attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit auch in Teilzeit zu  
358 einem spürbar höheren Einkommen führt. Vermögen werden künftig unbürokratischer und mit  
359 Hilfe einer Selbstauskunft geprüft.

### 360 **Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit** 361 **Behinderungen**

362 Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wohnen, lernen und  
363 arbeiten zu können und die Unterstützung zu wählen, die sie dafür brauchen. Leistungen zur  
364 Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer Bildung gewährt  
365 werden. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür Arbeitgeber\*innen, die  
366 Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen, den Wechsel von Werkstätten  
in  
367 den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit nutzen, in der  
368 Arbeitslosenversicherung absichern. Ziel ist, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln  
369 und Teilhabe zu garantieren – kein Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen,  
370 echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen zur Teilhabe unabhängig von Einkommen und  
Vermögen  
371 der Leistungsberechtigten. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach sein und  
372 Entscheidungen im Sinne der behinderten Menschen schnell erfolgen.

### 373 **Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU**

374 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und Mindeststandards  
375 europaweit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die  
376 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische Arbeits- und  
377 Sozialstandards essenziell. Wir machen uns für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie  
378 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige  
379 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in Europa dafür sorgen,  
380 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen die Europäischen Betriebsräte  
381 stärken und die paritätische Mitbestimmung in den Kontroll- und Leitungsorganen europäischer  
382 Unternehmen ausbauen, die mehr als 1.000 Beschäftigte haben. Unser langfristiges Ziel ist,  
383 dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte als Grundrechte  
384 gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sind.

### 385 **Eine verlässliche Alterssicherung für alle**

386 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent hat für uns hohe Priorität. Bei  
387 einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente angewiesen und die  
388 Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern, wollen wir  
389 die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit erhöhen, ein

390 echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer  
 391 Arbeitnehmer\*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der  
 Arbeitgeber\*innen  
 392 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre Beschäftigung  
 393 muss überwunden werden, denn nur gute Löhne führen auch zu einer guten Rente. In einem  
 394 ersten Schritt zu einer Bürgerversicherung sorgen wir dafür, dass anderweitig nicht  
 395 abgesicherte Selbständige, denen sonst Altersarmut droht, und Abgeordnete in die gesetzliche  
 396 Rentenversicherung aufgenommen werden. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die  
 397 Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln. Grundsätzlich  
 398 halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst  
 399 darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen.

#### 400 **Ein Bürgerfonds für die Rente**

401 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester-  
 402 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt. Die Produkte sind teuer und  
 403 undurchschaubar und haben zum Teil eine geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel  
 404 sind sie oft nur für die Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung.  
 405 Deswegen haben bei weitem nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester-Rente  
 406 durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen und in diesen überführen. Durch den  
 407 Bürgerfonds profitieren die Menschen am Wertezuwachs der Wirtschaft. Der Fonds kann  
 408 langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürgerfonds  
 409 zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die  
 410 Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten  
 411 kann. Der Bürgerfonds wird politisch unabhängig verwaltet und investiert nachhaltig. Er  
 412 investiert langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. Für  
 413 Kleinsparer\*innen gewährleistet er eine attraktive Rendite bei überschaubarem Risiko. Alle  
 414 Arbeitgeber\*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten und können den  
 415 Bürgerfonds als Standard dafür nutzen.

### 416 **Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert**

#### 417 **Vorsorge als Leitprinzip**

418 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung sicherstellen – aber gute  
 419 Gesundheitspolitik setzt schon vorher an. Wer in der Fleischindustrie unter prekären  
 420 Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an der vielbefahrenen Straße  
 wohnt  
 421 oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat eine höhere  
 422 Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur  
 Gesundheitsversorgung.  
 423 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von  
 424 Krankheiten bekämpft und vorausschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu  
 425 reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung der  
 426 Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen  
 427 Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und  
 428 gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen

429 Politikbereichen verfolgen. Um uns gegen klimawandelbedingte Hitzewellen zu wappnen,  
werden

430 wir einen Sonderfonds zur Umsetzung von Hitzeaktionsplänen etablieren.

### 431 **Für Pandemien gewappnet sein**

432 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser  
433 gewappnet sein muss. Spätestens jetzt ist der Moment, die Krankenhaus- und Notfallversorgung

434 zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in den Gesundheitsämtern, beherzt  
435 voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen  
436 Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definiert,  
Pandemieschutzpläne

437 aktualisiert und soll ein unabhängiger und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet  
438 werden. Wir investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten oder der  
439 Entwicklung neuer Testverfahren. Auch die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten

440 soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum Beispiel mit  
441 Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden. Auf europäischer  
442 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame  
443 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches  
444 Frühwarnsystem. Daher setzen wir uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer  
europäischen

445 Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren  
446 soll. Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir  
447 stärken und uns für eine engere Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

### 448 **Gesundheitsämter stärken**

449 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere  
450 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und Menschen  
ein

451 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch bei der mobilen Zahnärzt\*in in der Schule oder die  
452 Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert erreicht,  
453 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im  
454 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsämtern, universitären Strukturen der öffentlichen  
455 Gesundheitsfürsorge und einem neu zu schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam  
456 eine starke Säule der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll  
457 gemeinsame Gesundheitsziele und Qualitätsvorgaben für die Verbesserung der Versorgung  
458 entwickeln und bestehende Strukturen des Bundes zur Förderung der Gesundheit bündeln.

Bisher

459 sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und unterbesetzt, die personelle und  
460 technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen deshalb, dass Bund und  
461 Länder gemeinsam dafür sorgen, dass künftig 1 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben in  
462 den Öffentlichen Gesundheitsdienst fließt. Amtsärzt\*innen müssen besser bezahlt werden. Auch

463 pflegerische Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community

## Health

464 Nurses oder in der Schulgesundheitspflege.

### 465 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

466 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich  
 467 versorgt werden. Wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist, die  
 468 Kinderstationen Patient\*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land wegen  
 469 fehlendem/-r Nachfolger\*in schließen müssen, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung.  
 470 Um die Versorgung in Stadt und Land zu stärken, wollen wir, dass ambulante und stationäre  
 471 Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und Gesundheitsregionen mit enger  
 Anbindung

472 an die Kommunen gefördert werden. Perspektivisch soll es eine gemeinsame  
 473 Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen geben. Gleichzeitig wollen wir  
 474 die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die  
 475 Versorgung muss von den Patient\*innen aus gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die

476 Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle  
 Gesundheitsberufe

477 auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Aufgabenverteilung im Gesundheitswesen werden wir  
 so

478 reformieren, dass Gesundheits- und Pflegeberufe mehr Tätigkeiten eigenverantwortlich  
 479 übernehmen können. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung von Therapieberufen  
 müssen

480 dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen angepasst, das Schulgeld für diese  
 481 Ausbildungen muss abgeschafft werden.

### 482 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

483 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche  
 484 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu  
 Fehlanreizen

485 zu Lasten des Patient\*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt.

486 Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem  
 487 gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues

488 Finanzierungssystem. Wir werden eine Säule der Strukturfinanzierung einführen und den  
 489 verbleibenden fallzahlabhängigen Vergütungsteil reformieren. Vielfach herrscht Stillstand

490 bei den Investitionen in die Krankenhäuser. Das wollen wir ändern, indem Bund und Länder die  
 491 Investitionskosten in Zukunft gemeinsam tragen. Der Bund soll dafür die Möglichkeit haben,

492 gemeinsame bundesweite Grundsätze in der Krankenhausplanung zu definieren. Welche  
 Angebote

493 es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert, sondern soll sich danach

494 richten, was nötig ist. Die beste Qualität kann zumeist durch Spezialisierung sichergestellt  
 495 werden. Krankenhäuser, die durch fehlende Auslastung die nötige Qualität in einigen

496 Bereichen nicht gewährleisten können, sollen nicht einfach aufgegeben, sondern zu

497 leistungsfähigen lokalen Notfall-, Gesundheits- und Pflegezentren weiterentwickelt werden.

## 498 **Notfallversorgung reformieren**

499 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann wird es  
 500 häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich  
 501 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassend  
 502 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz  
 503 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen  
 504 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo  
 505 Menschen anrufen, sondern sie immer die passende Hilfe bekommen. Auch wollen wir, dass  
 506 Notaufnahmen gerade nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente  
 Hausärztinnen  
 507 und Hausärzte so unterstützt werden, dass auch weniger ernste Fälle gut versorgt werden  
 508 können. Durch einheitliche Stufen und Vorgaben zur Notfallversorgung wollen wir  
 509 sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem Land, stets die erwartbare  
 510 Hilfe auch verlässlich vorfinden.

## 511 **Psychotherapieplätze schaffen**

512 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen stellen,  
 513 denn psychische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität und soziale Teilhabe. Es ist  
 514 nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische  
 515 Hilfe warten müssen. Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht  
 516 zugängliche Hilfen, damit das Leid sich nicht verschlimmert. Wir wollen deshalb ambulante  
 517 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut\*innen schaffen. Es  
 518 braucht eine gemeindenahere und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte  
 519 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der Versorgung  
 von  
 520 Kindern und Jugendlichen sowie von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt  
 521 werden. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung müssen flexibler  
 werden  
 522 und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander abgestimmte Behandlung  
 523 übernehmen können. Bei der unzureichenden Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss  
 524 nachgebessert werden, sodass angehende Psychotherapeut\*innen endlich unter guten  
 Bedingungen  
 525 ausgebildet werden.

## 526 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

527 Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind Verbesserungen bei der Geburtshilfe und  
 528 eine Unterstützung freiberuflicher Hebammen durch eine Reform der Haftpflicht für  
 529 Gesundheitsberufe nötig. Wir wollen das Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen.  
 530 Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung und Ausbildung und in der medizinischen Praxis  
 531 werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet  
 532 die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans\*- und Inter\*-Menschen. Die Forschung zu  
 533 geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie Frauengesundheit muss gestärkt und in der  
 534 medizinischen und pflegerischen Praxis umgesetzt werden. Mit Hilfe einer Frauenquote für  
 535 Führungspositionen im Gesundheitswesen und besseren Arbeitsbedingungen holen wir mehr

Frauen

536 in die Führungsgremien unseres Gesundheitswesens.

### 537 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

538 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten  
 539 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen,  
 540 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen  
 541 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die  
 542 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische  
 543 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur  
 544 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Auch für  
 545 LSBTIQ\* muss diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir  
 546 den Anspruch auf medizinische Maßnahmen für trans- und intergeschlechtliche Menschen  
 547 gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken beim Verbot sogenannter  
 „Konversionstherapien“  
 548 werden wir schließen. Die Blutspende gestalten wir diskriminierungsfrei. Menschen, die ohne  
 549 Papiere in Deutschland leben, müssen ebenfalls Zugang zu guter gesundheitlicher Versorgung  
 550 haben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der Mitteilungs- und  
 551 Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von Beratungsnetzwerken  
 552 für Menschen ohne Papiere.

### 553 **Auf dem Weg zur Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege**

554 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt\*innen, und viele privat  
 555 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-Klassen-  
 556 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte  
 557 Bürgerversicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er  
 558 oder sie braucht. Die Bürgerversicherung bezieht alle in die Finanzierung eines  
 559 leistungsstarken Versicherungssystems ein. Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer\*innen  
 und  
 560 Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen und  
 Gehältern  
 561 sollen Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Als ersten Schritt verbessern wir die  
 562 Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen. Außerdem  
 563 wollen wir die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamt\*innen durch einen  
 564 beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur den Basistarif leisten  
 565 können, besser absichern.

### 566 **Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung**

567 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege,  
 568 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem  
 569 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient\*innen sicher auf den digitalen Impfpass,  
 570 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die  
 571 neuesten Blutwerte zugreifen können. Damit sie den Patient\*innen wirklich nützt, muss die  
 572 digitale Patientenakte weiterentwickelt werden. Dabei sind unter anderem

573 Patient\*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert der  
574 Forschung zur Verfügung gestellt werden, um die Gesundheitsversorgung in Deutschland zu  
575 verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der  
576 Patient\*innen. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient\*innen möglichst barrierefrei  
577 und sicher zugänglich sein. Die ärztliche Schweigepflicht und das Patient\*innengeheimnis  
578 müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben. Um  
579 administrativen Aufwand für medizinisches und pflegerisches Personal zu verringern und  
580 Innovationen anzureizen, sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software offene  
581 Schnittstellen anbieten.

## 582 **Ambulante Pflege stärken**

583 Wer pflegebedürftig wird, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein  
584 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden Gesellschaft  
585 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische  
586 Angebote. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen  
nötig  
587 – eingebettet in ein Umfeld, das ältere Menschen dabei unterstützt, aktiv am  
588 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher.  
589 Dafür wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den  
590 Kommunen ermöglichen, eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das  
Angebot an  
591 Pflege vor Ort zu gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen  
592 bereitstellen, die sich hier auf den Weg machen. Jemanden zu pflegen verdient unsere  
593 Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen, die  
594 Verantwortung für Angehörige, Nachbar\*innen oder Freund\*innen übernehmen, mit der  
Pflegezeit  
595 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine bis zu  
596 dreimonatige Freistellung sowie eine Lohnersatzleistung, die befristet auch anschließende  
597 Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

## 598 **Eine doppelte Pflegegarantie**

599 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre Versorgung  
600 aufbringen. Wir wollen, dass Pflegebedürftige die für sie notwendigen Pflegeleistungen  
601 erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die  
602 Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So garantieren wir, dass die selbst  
603 aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle über  
604 diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen. Mit einer  
605 solidarischen Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit  
606 einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

## 607 **Pflege aus dem Notstand führen, Arbeitsbedingungen im 608 Gesundheitswesen verbessern**

609 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im  
610 Alter oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich zu Recht Pflegekräfte, die  
611 sich mit Sorgfalt um sie kümmern können. Dafür brauchen Pflegekräfte Zeit für die  
612 Patient\*innen und gute Arbeitsbedingungen. Das geht nur mit mehr Kolleg\*innen. Wir wollen

613 durch verbindliche Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, die bessere  
614 Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften und  
615 die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Pflege Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen  
616 viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die Ausnahmen  
617 im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um Überlastung zu  
618 verhindern und den Personalverlust in Krankenhäusern einzudämmen. Doch Wertschätzung  
braucht  
619 auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche  
620 Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif  
621 bezahlen. Die Selbstorganisation und die Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege  
622 wollen wir durch den Aufbau einer Bundespflegekammer unterstützen.

### 623 **Ein Cannabiskontrollgesetz**

624 Wir stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik. Doch auf dem  
625 Schwarzmarkt gilt kein Jugendschutz, stattdessen schafft er zusätzliche gesundheitliche  
626 Gefahren. Das Verbot von Cannabis richtet mehr Schaden an, als dass es nützt. Wir setzen auf  
627 wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Deshalb werden wir mit  
628 einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen  
kontrollierten  
629 und legalen Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen. Darüber hinaus  
630 wollen wir niedrigschwelliges Drugchecking für psychoaktive Substanzen und andere  
Maßnahmen  
631 zur Schadensminimierung wie die Ausgabe sauberer Spritzen bundesweit ermöglichen, damit  
632 Konsument\*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen zusätzlich  
633 gefährdet werden. Das heutige Betäubungsmittelrecht evaluieren wir auf seine Wirkungen hin.

## 634 **Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**

### 635 **Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

636 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Recht. Aber es wird immer  
637 schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise steigen  
638 vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in Einkommensstadteile  
639 auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade auch  
640 Familien und Alleinerziehende, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen  
oder  
641 Geringverdiener\*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern weiter gut und sicher wohnen  
642 können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. Knapp 700.000  
Menschen  
643 sind derzeit wohnungslos in Deutschland, mehr und mehr Familien. Um diesen Zustand zu  
644 beenden, wollen wir ein Nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von  
645 Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

### 646 **Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern**

647 Wir wollen Mieter\*innen entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung  
648 bewahren. Die Möglichkeit, die Miete nachzuzahlen, soll Zwangsräumungen verhindern. Bei

649 krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Wohnen-Fonds“)

650 eine finanzielle Unterstützung von Mieter\*innen sicherstellen. Vermieter\*innen, die auf  
651 diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung erhalten.

## 652 **Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum**

653 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht, öffentlich und  
654 gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere Sozialwohnungen verloren –

655 rund 100 jeden Tag. Unser Vorbild ist die Stadt Wien, die mit ihrem großen Anteil an  
656 gemeinnützigem und für breite Schichten bezahlbarem Wohnraum eine ausgewogene Mischung

657 sicherstellt. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen  
658 und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre bestehenden

659 Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu wollen wir mit einem  
660 Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ für eine Million zusätzliche, günstige

661 Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen, sicher und auf Dauer. Die noch vorhandenen  
662 bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor\*innen veräußert, sondern  
663 ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden.

664 So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den Bestand an Sozialwohnungen um eine Million  
665 erhöhen.

## 666 **Starke Mieter\*innen, faire Mieten**

667 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus,  
668 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und

669 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter\*innen. Konkret wollen wir Mietobergrenzen im  
670 Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und

671 nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des

672 Mietspiegels begrenzt werden. Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten  
673 und rechtssicher ausgestalten. Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre

674 herangezogen werden. Wir streben an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf  
675 maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen

676 perspektivisch warmmietenneutral möglich sind. Außerdem wollen wir es Mieter\*innen  
677 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das

678 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind weitere

679 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht, und Mietwucher muss – nach § 5

680 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.

## 681 **Spekulation mit Bauland und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

682 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt kein Ort für Spekulant\*innen. Zu  
683 häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Ein entscheidender

684 Hebel ist Transparenz. Deshalb planen wir, ein Immobilienregister der Eigentümer\*innen

685 einzuführen, die Grundbücher bei begründetem Interesse kostenfrei zugänglich zu machen und

686 Bargeld beim Immobilienverkauf zu verbieten. Außerdem wollen wir den Missbrauch von

687 sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine anteilige

688 Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. Die Spekulation mit Bauland  
689 soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, kann sich daraus  
eine  
690 Pflicht für Eigentümer\*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu  
691 spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir  
692 vorgehen.

### 693 **Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

694 Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil er prinzipiell nicht vermehrbar ist. Bei  
695 Fehlentwicklungen ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen.  
696 Knappheit von und Spekulation mit Boden führt zu steigenden Preisen und Mieten. Wir wollen  
697 erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische Bodenpolitik betreibt. Der  
698 Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen, sondern gezielt die  
699 Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum fördern. Dafür wollen wir die  
700 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der  
Fonds  
701 kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die  
702 Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern  
703 zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften  
ein  
704 Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, sondern  
705 werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

### 706 **Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

707 Wohneigentum ist für viele Menschen ein Lebenstraum, der wegen explodierender  
708 Immobilienpreise in den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir  
709 wollen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „wer den Makler  
710 bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für  
711 Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage auf 2 Prozent  
712 zu begrenzen, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Dazu  
713 wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den  
714 Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu  
erhöhen  
715 und für private Käufer\*innen zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum  
716 über die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender  
717 Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen an  
718 Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter\*innen wollen wir  
719 unterstützen, zum Beispiel indem wir günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

### 720 **Ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben**

721 Wir können die Klimaziele nur mit einer Bauwende hin zu ressourcenschonendem und  
722 nachhaltigem Bauen erreichen. Bei Städtebau und Gebäudeplanung sind Stoff- und  
723 Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling durchgängig für  
724 alle Gebäude zu berücksichtigen. Konkret setzen wir auf ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und  
725 eine Holzbaustrategie, damit wir mit mehr nachwachsenden Rohstoffen bauen können. Wir

726 fördern außerdem die Digitalisierung der Planung am Bau. Um den Flächenverbrauch zu  
 727 reduzieren, setzen wir auf behutsame Nachverdichtung und unterstützen die Kommunen dabei  
 mit  
 728 Förderprogrammen.

## 729 Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte

### 730 Regionale Daseinsvorsorge stärken

731 Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eine Voraussetzung für gutes, selbstbestimmtes Leben  
 732 überall im Land. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich von  
 733 Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort schließen in der Kleinstadt die  
 734 Schwimmbäder, und auf dem Land ist das Internet zu langsam. Unser Ziel ist es, dass  
 735 individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im  
 736 Land möglich sind, auch in strukturschwachen Regionen. Hier brauchen wir gute Infrastruktur  
 737 und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit  
 Bund  
 738 und Ländern eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz  
 739 einführen. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen  
 740 wieder investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren in  
 741 allen Bundesländern Förderregionen auszuwählen und die Zusammenarbeit der Kommunen in  
 diesen  
 742 Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir Bürger\*innen und Akteur\*innen vor  
 743 Ort die Möglichkeit, ihre Entwicklungsstrategien und Ziele selbst zu bestimmen. Für zentrale  
 744 Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige  
 745 Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des  
 746 Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann  
 747 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, die Stadtteilbibliothek, der Skatepark, der  
 748 Kulturbahnhof. Wir wollen eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg  
 bringen.  
 749 Mit der gezielten Ansiedelung von neuen Forschungsinstituten und Bundeseinrichtungen, vor  
 750 allem in Ostdeutschland, können wir strukturschwachen Regionen wichtige Impulse geben.  
 751 Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines „Zukunftszentrums für Deutsche  
 752 Einheit und Europäische Transformation“.

### 753 Solide Finanzausstattung für Kommunen

754 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche Daseinsvorsorge  
 755 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht einmal  
 756 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von Gemeindestraßen  
 oder  
 757 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise finanzschwach oder  
 758 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die Menschen  
 759 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für freiwillige Leistungen wie Sport- oder  
 760 Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das  
 761 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die

762 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Dazu gehört eine faire Unterstützung  
763 bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen Corona-bedingten Steuerausfällen. Wir  
764 wollen mehr kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die  
765 Verkehrswende und Kultureinrichtungen. Dafür soll der Zugang zu Fördermitteln einfacher und  
766 unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die Teilnahme besonders für finanzschwache  
767 Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund und Länder den Kommunen mit einer  
gemeinsamen  
768 Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und  
769 die Umsetzung von Projekten ermöglichen.

## 770 **Innenstädte retten**

771 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere  
Menschen  
772 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch und  
773 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Wir wollen Stadtzentren und Ortskerne  
774 lebenswerter und attraktiver machen. Eine kluge Stadtentwicklungspolitik, nachhaltige  
775 Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen, dass auch  
776 der Einzelhandel dort eine Zukunft hat. Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu  
777 ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit man auch in Zeiten  
778 immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen Mitteln für Smart-City-  
779 Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen der  
780 örtliche Einzelhandel attraktivere Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen  
Verdrängung  
781 und Leerstand an. Eine Million neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in  
782 unseren Städten entstehen. Kleineren Gewerben, sozialen und Kulturprojekten, Clubs und  
783 Handwerker\*innen wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über das Baurecht eine zentrale  
784 Lage in den Städten ermöglichen. Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an  
785 gemeinnützige, öffentliche oder am Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

## 786 **Ländlich leben, digital arbeiten**

787 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer\*innen, Familien oder  
788 Freischaffende – alle brauchen schnelles Internet für ihr Leben. Eine ausreichend schnelle  
789 Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge, deshalb werden wir einen  
790 Rechtsanspruch darauf einführen. Wir schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung  
und  
791 Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für  
792 alle Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und  
793 genossenschaftliche Wohnformen. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte  
Räume  
794 zu einladenden Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit  
795 verknüpfen wir die Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu  
796 Markttreffs: wenn zum Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und

797 Postfiliale integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche  
798 Einrichtungen, Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach  
799 eines Kulturzentrums zusammenfassen.

## 800 **Schnelles Internet überall**

801 Mit weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaser-Anschlüssen steht Deutschland im OECD-  
802 Vergleich sehr schlecht da. Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten oder Heimunterricht  
803 – schnelles Internet ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und gleichwertige  
804 Lebensverhältnisse. Mit einem Breitband-Universaldienst wollen wir einen Rechtsanspruch auf  
805 schnelles Internet für alle schaffen, der sich nicht am Minimalstandard, sondern an den  
806 Nutzungsgewohnheiten der Mehrheit orientiert. Wir sorgen dafür, dass Blockaden bei der  
807 Abrufung der Fördergelder für den Netzausbau abgebaut werden und dann auch zügig gebaut  
808 wird. Und wir machen Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn  
809 Telekommunikationsunternehmen nicht die versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern,  
  
810 soll es unkomplizierten pauschalierten Schadenersatz und hohe Bußgelder geben. Beim  
811 Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in welchem  
812 Netz man surft. Wo die Anbieter keine Kooperationsvereinbarungen schließen, um Funklöcher zu  
  
813 schließen, muss notfalls lokales Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender  
814 Vergütung. Bei zukünftigen Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die  
815 Fläche so angepasst werden, dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere  
816 entlang von Bahnstrecken und Straßen.

## 817 **Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land**

818 Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren in  
  
819 Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen  
820 ermöglichen, länger als bisher in ihrem vertrauten Quartier selbstbestimmt wohnen zu  
821 bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Das wollen wir mit einem  
822 Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes  
Wohnen,  
823 Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder  
824 im Stadtteil zu engagieren, informieren. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen  
825 Bedürfnissen entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das  
826 Nahverkehrsangebot in den Städten ausgebaut und auf dem Land erhalten bzw. intelligent  
827 vernetzt werden. Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen  
828 Verkehrsmitteln, und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten  
829 zum Ausruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.